

KURZPAPIER

Von Glasgow nach Elmau

Wie die COP26-Ergebnisse von der deutschen G7-Präsidentschaft genutzt werden können

Die Ergebnisse der diesjährigen Klimakonferenz (COP26) wurden heftig debattiert. Neben den Verhandlungen wurden verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht, die viel Aufmerksamkeit auf sich zogen. Sie haben z. B. zum Ziel, die internationale Finanzierung fossiler Brennstoffe zu beenden, Südafrika bei einer „Just Transition“ durch eine Partnerschaft zu unterstützen oder die Methanemissionen zu reduzieren. Die G7 sollte während der deutschen Präsidentschaft im Jahr 2022 auf der positiven Dynamik der COP aufbauen, eine Strategie ausarbeiten, um Greenwashing der Ankündigungen zu vermeiden – aber auch alternative Lösungen anbieten, wo die COP keine Ergebnisse liefern konnte.

Nach der COP – Ziele für die deutsche G7-Präsidentschaft

1. Vorlage einer glaubwürdigen Strategie, die im Einklang mit dem 1,5°C-Pfad die Klimaziele erhöht, z. B. durch Einbeziehung fluorierter Gase (F-Gase) und Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.
2. Verpflichtung zur Dekarbonisierung der Energiesysteme bis 2035 und zum Kohleausstieg bis 2030.
3. Definition von „ineffizienten“ Subventionen für fossile Brennstoffe und Verpflichtung zu einem transparenten Prozess für den Ausstieg.
4. Beendigung der internationalen Finanzierung fossiler Brennstoffe bis Ende 2022 und Unterstützung eines breiteren Engagements sowie einer konsequenten Umsetzung.
5. Beauftragung einer Studie, gemeinsam mit der Afrikanischen Union, die untersucht, wie nachhaltiger Energiezugang in der Region ohne fossile Energieträger so schnell wie möglich erreicht werden kann.
6. Anerkennung der enormen Lücke in der Klimafinanzierung und Unterstützung der Entwicklung eines Berichts für eine Bottom-up-Bedarfsanalyse der Klimafinanzierung.
7. Bereitstellen von (finanziellen) Risikomanagementlösungen, um gefährdete Entwicklungsländer und Gemeinschaften bei der Bewältigung von Verlusten und Schäden angemessen zu unterstützen.

8. Umverteilung möglichst vieler Sonderziehungsrechte (SZR) an gefährdete und verschuldete Länder zusätzlich zu den Verpflichtungen zur Klimafinanzierung.
9. Unterstützung eines wirksamen Schuldenerlasses, einer Umstrukturierung der Schulden und einer weiteren Aussetzung.
10. Einführung einer verpflichtenden Offenlegung von zukunftsgerichteten Klimarisiken (inkl. Szenario-basierten Stresstests) für alle transformationsrelevanten Institutionen.
11. Unterstützung und Initiierung von Mechanismen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht bei staatlichen und nicht staatlichen Zusagen schaffen, um Greenwashing zu vermeiden.

1 Ambition aufrechterhalten

Es wird für die G7-Staaten schwierig werden, bis zur COP27 neue Klimaziele vorzulegen. Deshalb wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass sie zumindest eine Strategie präsentieren, wie die Klimaziele erhöht werden können (u. a. durch die Verringerung noch nicht erfasster Gase, wie z. B. fluorierter Gase [F-Gase], und/oder die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit), um im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel zu bleiben.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der Verhandlungen in Glasgow war die Aufforderung an die Länder, ihre nationalen Klimaschutzbeiträge (Nationally Determined Contributions, NDCs) bis Ende 2022 zu erhöhen. Angesichts der Tatsache, dass die derzeitigen Beiträge zu einer globalen Erwärmung von 2,4°C führen¹ und die Emissionen bis 2030 um 13,7%² steigen würden, ist mehr Ehrgeiz dringend erforderlich. Der COP26-Beschluss macht deutlich, dass die 1,5°C-Grenze inzwischen als notwendige Auslegung des „deutlich unter 2°C“-Ziels des Pariser Abkommens akzeptiert ist. Und dieses Temperaturziel wird basierend auf dem Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) von 2018 operationalisiert: Die globalen Emissionen müssen zwischen 2010 und 2030 weltweit um 45% sinken.³ Dementsprechend werden diejenigen Länder, die ihre Klimaziele für 2030 nicht oder nur unzureichend erhöht haben, aufgefordert, dies bis Ende nächsten Jahres zu tun. Darüber hinaus werden alle Länder dringend aufgefordert, ihre jeweiligen Ziele möglichst schon im nächsten Jahr so zu verbessern, dass sie 1,5°C-kompatibel sind. Alle G7-Staaten sollten sich verpflichten, bis dahin eine Strategie vorzulegen, wie ihre 2030-Ziele (inkl. zusätzlicher Maßnahmen durch internationale Klimapartnerschaften und Art. 6) zu einem 1,5°C-Ziel passen. Die G7 müssen den Ambitionsprozess dynamisch halten und entweder eine Strategie vorlegen, wie sie ihre Ziele erhöhen, Verpflichtungen in anderen Bereichen eingehen oder mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um gemeinsam unter 1,5°C zu bleiben.

¹ Climate Action Tracker (2021): „Temperatures“. <https://climateactiontracker.org/global/temperatures/>. Zuletzt aufgerufen: 24.11.2021.

² COP26 (2021): „Update to the NDC Synthesis Report“. <https://unfccc.int/news/cop26-update-to-the-ndc-synthesis-report>. Zuletzt aufgerufen: 29.11.2021.

³ IPCC (2018): Special Report: Global Warming of 1.5 °C. <https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/spm/>. Zuletzt aufgerufen: 21.12.2021.

2 Die Ära fossiler Brennstoffe beenden

2.1 Dekarbonisierung der Stromsysteme bis 2035

Die G7-Staaten müssen den Weg aus der Kohle anführen. Sie haben sich 2021 lediglich zu einem beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung bekannt, doch sie müssen sich auf das Jahr 2030 als Ausstiegsdatum festlegen. Zudem müssen sie sich auch zu einer vollständigen Dekarbonisierung ihres Elektrizitätssektors bis 2035 verpflichten, in Übereinstimmung mit dem Net-Zero-Emissions-Szenario der Internationalen Energieagentur (IEA).

Eine potenziell historische Errungenschaft der COP26 ist die Einbeziehung spezifischer Energiequellen in den Beschlusstext. Der COP-Beschluss ruft dazu auf, die Bemühungen um den Ausstieg aus der Kohleverstromung ohne CO₂-Abscheidung zu beschleunigen („accelerating efforts towards the phase-down of unabated coal power“). Dies kann als Wendepunkt für das weltweite Ende der Kohle angesehen werden. Trotz der von China, Indien und anderen in letzter Minute beantragten Änderung des Wortlauts von Ausstieg („phase-out“) zu Reduktion („phase-down“) ist dies ein wichtiger Erfolg. In ihrem Net-Zero-Emissions-Szenario legt die IEA fest, bis wann die Kohleverstromung beendet und die Stromsysteme Netto-Null erreichen müssen: Auf globaler Ebene muss der Ausstieg aus der Kohle bis 2040 erfolgen, in den Industrieländern bereits bis 2030⁴. Bislang haben die G7-Staaten in ihren Communiqués auf ein konkretes Ausstiegsdatum verzichtet und sich lediglich dazu verpflichtet, die Abkehr von Kohlekapazität ohne CO₂-Abscheidung zu beschleunigen („accelerate the transition away from unabated coal capacity“), im Einklang mit ihren NDCs für 2030 und ihren Net-to-Null-Verpflichtungen. Was die Dekarbonisierung ihrer Stromsysteme angeht, so haben sich die G7-Staaten 2021 zu einer „überwiegenden“ Dekarbonisierung in den 2030er Jahren bekannt, was allerdings zu vage ist. Nach dem IEA-Szenario ist eine vollständige Dekarbonisierung bis 2035 erforderlich.

2.2 Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe

Die G7-Staaten müssen dringend Fortschritte bei der schrittweisen Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe erzielen. Sie müssen definieren, was „ineffiziente“ Subventionen sind, und Pläne vorlegen, wie sie die Subventionen für fossile Brennstoffe so bald wie möglich, spätestens aber bis 2025, abschaffen wollen. Um Glaubwürdigkeit für ihre Pläne zu schaffen, sollten die G7-Staaten einen transparenten Prozess einrichten, in dem die Fortschritte nachverfolgt werden können.

Neben dem Ausstieg aus der Kohle fordert der COP-Beschluss die Vertragsparteien auf, „ineffiziente“ Subventionen für fossile Brennstoffe abzuschaffen. Die Formulierung ist den G7-Staaten vertraut, da sie sich bereits 2016 verpflichtet haben, dieses Ziel bis 2025 umzusetzen. Es ist jedoch immer noch unklar,

⁴ IEA (2021): „Net zero emissions by 2050“. <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>. Zuletzt aufgerufen: 24.11.2021.

was es genau bedeutet. Die G7 müssen in diesem Jahr definieren, was „ineffiziente“ Subventionen für fossile Brennstoffe sind, und sie in einem angemessenen und transparenten Prozess beenden. Dabei könnte auf die Arbeit der G20 aufgebaut werden. Seit 2013 führen die G20 auf freiwilliger Basis eine länderspezifische Peer Review der Subventionen für fossile Brennstoffe durch⁵. So haben beispielsweise Deutschland und Mexiko ihre Unterstützung für fossile Brennstoffe im Jahr 2017 einem Peer-Review Prozess unterzogen. Für Deutschland wurden 22 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 17,6 Mrd. USD im Jahr 2016 ermittelt⁶. Daten der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) und des International Institute for Sustainable Development (IISD) deuten darauf hin, dass die G7-Staaten zusammengenommen allein im Jahr 2020 rund 57 Mrd. USD an Subventionen für fossile Brennstoffe bereitgestellt haben⁷. Von der G7 sollten im Jahr 2022 konkrete Pläne für den schrittweisen Abbau dieser Subventionen vorgelegt werden.

2.3 Beendigung der internationalen Finanzierung von fossilen Brennstoffen

Japan ist das einzige G7-Mitglied, das sich der Initiative zur Beendigung neuer direkter internationaler Finanzierungen für unverminderte fossile Brennstoffe bis Ende 2022 noch nicht angeschlossen hat. Alle G7-Mitglieder sollten die Initiative unterstützen und dabei helfen klarzustellen, unter welchen „begrenzten Umständen“ sie weiter in fossile Brennstoffe investieren werden. Darüber hinaus sollten sie sich dazu verpflichten, den Anwendungsbereich auf indirekte Formen der Finanzierung auszuweiten. Die Positionen der G7 in multilateralen Entwicklungsbanken sowie im Entwicklungshilfesausschuss der OECD müssen sich an dieser Verpflichtung orientieren.

Um eine Beschleunigung des Energiezugangs in allen Teilen der Welt zu gewährleisten, sollte die G7 eine Studie in Auftrag geben, in der ermittelt wird, wie verschiedene Regionen ohne fossile Brennstoffe so schnell wie möglich einen nachhaltigen Energiezugang erreichen können. Die G7 könnte u. a. der Afrikanischen Union anbieten, eine gemeinsame Studie für den Kontinent zu finanzieren.

Neben dem COP-Text stellt eine Initiative der britischen COP-Präsidentschaft zur Beendigung der internationalen Finanzierung fossiler Brennstoffe bis Ende 2022 („end new direct public support for the international unabated fossil fuel energy sector by the end of 2022“)⁸ einen wichtigen Eckpfeiler für die G7 dar. Während der COP schlossen sich 39 Regierungen und Finanzinstitute der Initiative an, darunter auch die G7-Staaten mit Ausnahme Japans. Ersten Schätzungen zufolge könnten so jährlich Mittel in Höhe 24,1 Mrd. USD⁹ frei werden und den Übergang hin zu sauberen Energien unterstützen.

⁵ OECD (2021): „Update in recent Progress in Reform of inefficient Fossil Fuel Subsidies that Encourage Wasteful Consumption 2021“. <https://www.oecd.org/fossil-fuels/publicationsandfurtherreading/OECD-IEA-G20-Fossil-Fuel-Subsidies-Reform-Update-2021.pdf>. Zuletzt aufgerufen: 24.11.2021.

⁶ IISD (2017): „Germany and Mexico Publish Peer Reviews of Fossil Fuel Subsidies Under G-20“. <https://www.iisd.org/gsi/subsidy-watch-blog/germany-mexico-peer-reviews-ffs-g20>. Zuletzt aufgerufen: 26.11.2021.

⁷ FossilFuelSubsidyTracker (2021): „Country trends in fossil-fuel subsidies“. <https://fossilfuelsubsidytracker.org/country/>. Zuletzt aufgerufen: 24.11.2021.

⁸ UN Climate Change Conference UK 2021 (2021): „Statement on International Public Support for the Clean Energy Transition“. <https://uk-cop26.org/statement-on-international-public-support-for-the-clean-energy-transition/>. Zuletzt aufgerufen: 24.11.2021.

⁹ Oil Change International (2021): „France joins commitment to end international oil, gas, and coal finance by 2022“. <http://priceofoil.org/2021/11/12/france-joins-commitment-to-end-international-oil-gas-and-coal-finance-by-2022/>. Zuletzt aufgerufen: 29.11.2021.

Alle G7-Staaten haben sich bereits verpflichtet, im Jahr 2021 die direkte staatliche Unterstützung für Kohlekraftwerke ohne CO₂-Abscheidung im Ausland zu beenden. Die Initiative geht einen wichtigen Schritt weiter: Bis Ende 2022 soll es keine neue direkte internationale Förderung für Kohle, Öl und Gas geben. Die Verpflichtung wird jedoch unterschiedlich ausgelegt und gilt bisher nur für die „direkte“ Unterstützung, sodass die indirekte Finanzierung von Gas im Ausland weiter möglich bleibt. Außerdem ist unter begrenzten Umständen die Förderung fossiler Brennstoffe weiterhin möglich. Die G7 muss dazu beitragen, dass diese begrenzten Umstände definiert werden. Um die Debatte voranzubringen, könnte z. B. eine Studie in Auftrag gegeben werden. Diese sollte Wege aufzeigen, wie verschiedene Regionen ohne fossile Brennstoffe, insbesondere Gas, so schnell wie möglich einen nachhaltigen Energiezugang erreichen können. Die G7 könnte der Afrikanischen Union anbieten eine gemeinsame Studie für den Kontinent zu finanzieren.

3 Finanzen und Klima

3.1 Finanzierung von Schäden und Verlusten

Deutschland und die anderen G7-Staaten müssen Lösungen finden, um die am stärksten gefährdeten Länder und Gemeinschaften bei der Bewältigung klimabedingter Verluste und Schäden angemessen (finanziell) zu unterstützen. Deutschland bietet Ländern im Globalen Süden bereits konkrete Unterstützung beim Aufbau von Klimaresilienz, bei der Erhöhung der Anpassungsfähigkeit und bei der Bewältigung von Verlusten und Schäden an, z. B. durch die globale Partnerschaft „InsuResilience“. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft im Jahr 2022 sollten die Lösungen erweitert und auf bisher nicht abgedeckte Bereiche ausgedehnt werden.

Auf der COP26 ist es der internationalen Gemeinschaft erneut nicht gelungen, den schwächsten Bevölkerungsgruppen ausreichende und bedarfsgerechte Unterstützung bei der Bewältigung von klimabedingten Verlusten und Schäden zukommen zu lassen. Aufgrund des Widerstands einiger Industrieländer wurde der Vorschlag für eine „Glasgow Loss and Damage Facility“ verwässert und stattdessen der „Glasgow Dialogue“ ins Leben gerufen, um Optionen für Finanzierungsmaßnahmen zur Bewältigung von Verlusten und Schäden bis Juni 2024 zu diskutieren (SB60). Dies verzögert erneut konkrete Lösungen, bietet aber eine Plattform, um dieses Thema bei der nächsten COP in Afrika (2022) ins Rampenlicht zu rücken. Geeignete Antworten auf diesen Gerechtigkeitskandal müssen innerhalb und außerhalb des Prozesses der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) entwickelt werden.

Um die Länder bei der Bewältigung von Verlusten und Schäden im notwendigen Umfang zu unterstützen, müssen aufgrund der Blockade einiger Industrieländer auch außerhalb des UNFCCC-Prozesses Lösungen gefunden werden. Hier sollten die G7-Staaten und der Petersberger Klimadialog wegweisende Vorschläge erarbeiten, die auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und Fähigkeiten („principle of common but differentiated responsibilities and capabilities“) beruhen, mit dem Ziel, die Bedürftigen zu unterstützen. Deutschland leistet bereits konkrete Unterstützung für Länder des Globalen Südens beim Aufbau von Klimaresilienz, bei der Erhöhung der Anpassungsfähigkeit und bei der Bewältigung von Verlusten und Schäden, z. B. durch die „InsuResilience Global Partnership“. Im Rahmen der deutschen

G7-Präsidentschaft sollten die Lösungen erweitert und auf bisher nicht abgedeckte Bereiche ausgedehnt werden. Sechs Bereiche sind dabei von besonderer Bedeutung:

1. Stärkere Verknüpfung der Versicherungssysteme mit den sozialen Sicherheitsnetzen, um die schwächsten Teile der Bevölkerung zu schützen.
2. Die Entwicklung internationaler Rückversicherungspools zur Unterstützung der nationalen Mechanismen zur Bewältigung von Verlusten und Schäden.
3. Unterstützung der Länder bei der Bewältigung von nicht wirtschaftlichen Verlusten und Schäden, z. B. durch die Einrichtung internationaler Mechanismen für schnelle Hilfe zum Schutz und zur Erhaltung des kulturellen Erbes in Krisensituationen weltweit¹⁰.
4. Unterstützung der Länder bei der Bewältigung von langsam eintretenden Folgen des Klimawandels, sogenannten Slow-onset-Prozessen. Auch hier können soziale Sicherheitsnetze eine wichtige Rolle spielen¹¹.
5. Die Unterstützung von Menschen, die aufgrund von Klimaauswirkungen zur Migration gezwungen sind oder vertrieben werden, durch vorausschauendes Handeln.
6. Die Entwicklung eines „Frühwarnsystems für Kipp-Punkte“ zusammen mit der OCED. Zusammengefasst in einem Bericht, der jährlich/alle zwei Jahre veröffentlicht wird und Empfehlungen für ein globales und regionales Warnsystem für jeden Kipp-Punkt sowie politische Empfehlungen für notwendige Abmilderungsmaßnahmen, Risikomanagement und die Bewältigung potenzieller Verluste und Schäden enthält.

Alle Lösungen sollten durch Zuschüsse und nicht durch Darlehen finanziert werden und auf der Grundlage eines Menschenrechtsansatzes umgesetzt werden.

3.2 Bedarf an Klimafinanzierung ermitteln

Deutschland und die anderen G7-Staaten sollten Länder in den nächsten zwei Jahren dabei unterstützen, ihren tatsächlichen Finanzbedarf für Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels, zur Anpassung an den Klimawandel und zur Beseitigung von Schäden und Verlusten zu ermitteln. Die G7 muss anerkennen, dass es eine enorme Lücke in der Klimafinanzierung gibt und dass es notwendig ist, das Ausmaß der Lücke in einem bedarfsorientierten Ansatz zu ermitteln. Eine Entscheidung der G7 könnte darin bestehen, die Entwicklung eines Berichts zur Bedarfsermittlung zu unterstützen.

Auf der diesjährigen COP legte der Ständige Finanzausschuss (Standing Committee on Finance, SCF) seinen ersten Bericht zur Bedarfsanalyse für Entwicklungsländer vor. Er erlaubt einen wichtigen Blick auf die bestehende große Finanzierungslücke. Der Bericht ist jedoch nur ein erster Schritt, um den tatsächlichen Finanzbedarf der Entwicklungsländer zu bestimmen; er zeigt, dass die derzeitigen Schätzungen des tatsächlichen

¹⁰ Ähnlich wie der im Koalitionsvertrag der neuen deutschen Regierung erwähnte „KulturGutRetter.“

¹¹ Schäfer, L. et al. (2021): „Financing Instruments and Sources to Address Loss and Damage from Slow-onset Processes“. <https://www.germanwatch.org/de/21067>. Zuletzt aufgerufen: 29.11.2021.

Bedarfs unzureichend sind und ein Bottom-up-Ansatz erforderlich ist, bei dem die Länder selbst ihren Bedarf ermitteln¹². Die Erkenntnis, dass diese Finanzierungslücke besteht, ist ein wichtiger erster Schritt für die G7. Darauf aufbauend sollten die Mitgliedsstaaten auch dazu beitragen, den tatsächlichen Umfang der von den Entwicklungsländern benötigten Klimafinanzierung zu ermitteln, indem sie die Ausarbeitung eines Bedarfsermittlungsberichts unterstützen, der die Bereiche Abschwächung, Anpassung sowie Verluste und Schäden in modularer Weise abdeckt. In einem ersten Schritt könnte die G7 beispielsweise die Afrikanische Union bei der Ermittlung des Finanzierungsbedarfs der Region unterstützen.

3.3 Fiskalischen Spielraum für gefährdete Länder schaffen

Die G7 muss die Schuldenkrise, mit der viele Länder konfrontiert sind, dringend mit verschiedenen Instrumenten angehen. Die Neuzuweisung von Sonderziehungsrechten (SZR) kann bei richtiger Umsetzung eine entscheidende Rolle beim Aufbau der Resilienz spielen. Die Bereitstellung von Finanzmitteln zu Vorzugsbedingungen unter Berücksichtigung der Klimavulnerabilität, wie sie mit dem Resilience and Sustainability Trust (RST) vorgesehen ist, ist von zentraler Bedeutung. Wichtig ist, dass die G7-Mitglieder die neu zugewiesenen SZR als zusätzliche Mittel zu ihren früheren Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungs- und Klimafinanzierung zählen. Ergänzend sollte die G7 Initiativen zur Umstrukturierung, zum Erlass und zur weiteren Aussetzung von Schulden durch die G20 und andere Gläubiger unterstützen, um für gefährdete Länder mehr finanziellen Spielraum zu schaffen. Vulnerabilität für Klimawandelfolgen sollte auch hier ein wichtiger Aspekt sein.

Ein COP-Beschluss regte an, die Klimavulnerabilität bei der Bereitstellung von konzessionärer Finanzierung zu berücksichtigen, und verwies insbesondere auf die Reserven des Internationalen Währungsfonds (IWF) – die sogenannten Sonderziehungsrechte¹³. Im Jahr 2021 wurden aufgrund der Covid-19-Pandemie zusätzliche 650 Mrd. SZR vom IWF an seine Mitglieder ausgegeben. Diese werden nach Länderquoten verteilt, d. h. der Großteil der SZR wurde den Industrieländern zugewiesen. Die G7-Staaten erhielten somit den größten Anteil. Sie sollten nun ihre SZR umverteilen, um Länder mit niedrigem Einkommen und besonders gefährdete Länder zu unterstützen. Um eine rasche Umverteilung zu gewährleisten, sollten sie bei Bedarf entsprechende innerstaatliche Verfahren einleiten, in Deutschland z. B. eine Änderung des Bundesbankgesetzes.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, die Neuzuweisung von SZR an gefährdete Länder umzusetzen. Eine davon ist der von der G20 unterstützte Resilience and Sustainability Trust (RST), der vom IWF in Kooperation mit der Weltbank eingerichtet werden soll. Die Mittel sollen an einkommensschwache und gefährdete Länder mit mittlerem Einkommen sowie an kleine Inselstaaten, die von den Auswirkungen der Klimakrise besonders betroffen sind, übertragen werden. Der Fonds wird laut IWF mit 30 Mrd. SZR beginnen und im Idealfall

¹² SCF (2021): „Executive summary by the Standing Committee on Finance of the first report on the determination of the needs of developing country Parties related to implementing the Convention and the Paris Agreement“. https://unfccc.int/sites/default/files/resource/54307_2%20-%20UNFCCC%20First%20NDR%20summary%20-%20V6.pdf. Zuletzt aufgerufen: 29.11.2021.

¹³ SZR sind Finanzaktiva, die als Tauschmittel verwendet werden können, z. B. um Schulden bei anderen Ländern oder Institutionen zu begleichen.

auf 50 Mrd. SZR aufgestockt werden und eine langfristige Finanzierung mit niedrigen Zinssätzen ermöglichen¹⁴. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass SZR eingesetzt werden, um die Schuldenkrisen in verschiedenen Ländern abzumildern und ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken. Die G7 muss eine Umschichtung zugunsten der vulnerablen Länder unterstützen.

Ergänzend zur Umverteilung von SZR muss die G7 die Frage der allgemeinen Umschuldung aufgreifen. Die Debt Service Suspension Initiative (DSSI), die aufgrund der Covid-19-Krise von der G20 ins Leben gerufen wurde, läuft 2021 aus, und der gemeinsame Rahmen für Schuldenbehandlungen („Common Framework for Debt Treatments“), der über die DSSI hinausgeht, führt in einkommensschwachen Ländern nicht schnell genug zu Ergebnissen. Selbst der IWF fordert die G20-Gläubiger auf, die Umschuldung zu beschleunigen und währenddessen den Schuldendienst auszusetzen¹⁵. Die G7 sollte diese Forderung und ihre Umsetzung unterstützen. Die Berücksichtigung der Vulnerabilität für Klimawandelfolgen sollte bei den Verhandlungen eine zentrale Rolle spielen.

3.4 Verpflichtende Einführung der Risikooffenlegung für private Unternehmen

Die G7 muss eng mit der G20 zusammenarbeiten, um die Sustainable-Finance-Agenda voranzubringen. Sie muss die verpflichtende Offenlegung von Klimarisiken durch private Unternehmen implementieren. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Offenlegungsvorschriften zukunftsorientiert sind, Szenario-basierte Stresstests beinhalten und für alle transformationsrelevanten Institutionen gelten.

Um die Billionen, die zur Erreichung der globalen Klimaschutzziele notwendig sind, mobilisieren zu können, müssen private Akteur:innen eine entscheidende Rolle spielen. Auf der COP26 gab die Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ) bekannt, dass sich inzwischen mehr als 450 Finanzunternehmen, die mehr als 130 Bio. USD repräsentieren, dazu verpflichtet haben, ab 2050 keine CO₂-Emissionen mehr zu verursachen. Während die Summe beeindruckend klingt, gibt es starke Bedenken, wie glaubwürdig diese Ankündigungen sind. Um diese Finanzströme bewerten zu können, sind kohärente Berichtsstandards für klimabezogene Risiken erforderlich. Die International Financial Reporting Standards Foundation (IFRS) kündigte daher auf der COP die Einrichtung des International Sustainability Standards Board (ISSB) an, das internationale Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickeln soll. Die G20-Arbeitsgruppe für Sustainable Finance gibt Empfehlungen, wie diese Arbeit vorangebracht werden sollte.

Da die indonesische G20-Präsidentschaft Sustainable Finance zu einem Schwerpunktbereich machen wird, ist eine enge Zusammenarbeit erforderlich, um internationale Kompatibilität zu gewährleisten und die Umsetzung voranzutreiben. Im Jahr 2021 erklärte die G7, dass sie den Übergang zu verbindlichen

¹⁴ Der RST soll bis April nächsten Jahres entworfen werden und bis Oktober 2022 umgesetzt sein.

IMF (2021): „IMF Managing Director Kristalina Georgieva’s Statement at the Paris Peace Forum on Increasing Support for Vulnerable Countries via SDR Rechanneling“. <https://www.imf.org/en/News/Articles/2021/11/11/pr21330-imf-md-statement-at-the-paris-peace-forum>. Zuletzt aufgerufen: 29.11.2021.

¹⁵ IMF (2021): „The G20 Common Framework for Debt Treatments Must Be Stopped Up“. <https://blogs.imf.org/2021/12/02/the-g20-common-framework-for-debt-treatments-must-be-stepped-up/>. Zuletzt aufgerufen: 04.12.2021.

klimabezogenen Finanzinformationen unterstützen werde („support moving towards mandatory climate-related financial disclosures“). Der nächste Schritt der G7 sollte sein, eine Offenlegung für zukunftsgerichtete Klimarisiken für alle transformationsrelevanten Organisationen verbindlich zu machen.

3.5 Sicherstellung der Transparenz von staatlichen und nicht staatlichen Initiativen

Angesichts der zahlreichen staatlichen und nicht staatlichen Ankündigungen und Initiativen auf der COP26 ist das Risiko des Greenwashings gegeben. Der UN-Generalsekretär hat bereits angekündigt, eine High-Level-Expert-Group zur Überwachung der Ankündigungen nicht staatlicher Akteur:innen einzusetzen. Die G7 muss diese Initiative unterstützen und die Schaffung von Mechanismen fördern, die sicherstellen, dass internationale Zusagen von staatlichen Akteur:innen auch überwacht und umgesetzt werden.

Die COP26 war geprägt von vielen Initiativen und Ankündigungen, vorgebracht von staatlichen wie nicht staatlichen Akteur:innen. Einige von ihnen wurden bereits während der Klimakonferenz scharf kritisiert, wie die oben erwähnte GFANZ. Der UN-Generalsekretär kündigte an, eine hochrangige Expert:innengruppe einzurichten, die Net-Zero-Ankündigungen von nicht staatlichen Akteur:innen überwachen soll. Sie wird Empfehlungen aussprechen, die Standards setzen und dazu beitragen können, die Glaubwürdigkeit dieser Net-Zero-Ankündigungen zu bewerten. Die G7 sollte ein Signal gegen Greenwashing setzen, indem sie diese Expert:innengruppe unterstützt. Darüber hinaus sind viele Zusagen von staatlichen Akteur:innen gemacht worden, die überwacht werden müssen. Die G7 sollte dazu beitragen, einen Monitoring-Mechanismus zu entwickeln, der Transparenz schafft und eine Rechenschaftspflicht für staatliche und nicht staatliche Akteur:innen etabliert.

Ausblick: Von Elmau nach Bali

Umsetzung und Ausweitung von Partnerschaften für eine „Just Transition“

Auf der COP26 wurde eine innovative Partnerschaft ins Leben gerufen. Sie verdeutlicht, wie die G7-Staaten einen beschleunigten Kohleausstieg im Ausland unterstützen können. Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, die USA und die EU-Kommission verpflichteten sich, Südafrika in den nächsten drei bis fünf Jahren mit 8,5 Mrd. USD „durch eine Kombination geeigneter Finanzinstrumente“ zu unterstützen, um einen „sozial gerechten“ Kohleausstieg zu erreichen. Ähnliche Partnerschaften sollen im Laufe des nächsten Jahres mit anderen Ländern geschlossen werden. Einige haben bereits ihr Interesse bekundet – Länder, die eine starke Erweiterung ihrer Kohlekapazitäten planen (z.B. Indonesien, Pakistan, die Philippinen), oder Länder, die „leapfroggen“ wollen (z. B. Ruanda). Aber auch Riesen wie Indien sind potenzielle Partner. Wenn ein solches Abkommen mit Indien zustande käme, könnte dies ein wichtiger Meilenstein sein, um das 1,5°C-Limit einzuhalten. Die Umsetzung der ersten Partnerschaft und die Vereinbarung neuer Partnerschaften im Rahmen von Foren wie der G20 sollten im Jahr 2022 Priorität haben. Die G7 und die G20 können als Plattformen genutzt werden, um Grundsätze für diese Art von Partnerschaften festzulegen.

Autor:innen: Alexandra Goritz, Laura Schäfer, David Ryfisch, Christoph Bals und Vera Künzel

Redaktion: Tobias Rinn

Wir danken allen Autor:innen des Germanwatch-Blogs „Wendepunkt für die Kohle – 1,5-Grad-Grenze noch nicht in Reichweite und große Lücken bei Schäden“, auf dem dieses Briefing-Papier aufbaut.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/84672

Dezember 2021

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

„Deutsche G7-Präsidentschaft für Klimaschutz nutzen“
wird gefördert von der Stiftung Mercator. Für den Inhalt ist
alleine Germanwatch verantwortlich.

STIFTUNG
MERCATOR